

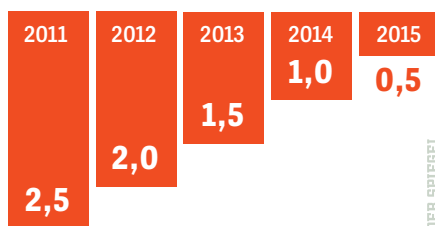
STAATSFINANZEN

Schwindendes Minus

Der wirtschaftliche Aufschwung lässt die Staatsfinanzen gesunden. Deutschlands Staatsdefizit wird in diesem Jahr auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und damit deutlich unterhalb der Obergrenze von drei Prozent liegen. Das geht aus dem Entwurf des aktualisierten Stabilitätsprogramms hervor, den das Bundeskabinett Mitte April beschließen wird. Das Minus in den Kassen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen soll danach 2012 weiter auf 2 Prozent sinken, ein Jahr später auf 1,5 Prozent. 2014 wird es bei einem Prozent liegen, um 2015, am Ende des Berichtszeitraums, schließlich 0,5 Prozent zu erreichen. Deutschland wird damit zwei Jahre früher als vorgeschrieben die Obergrenze von drei Prozent unterschreiten. Wegen der äußerst positiven Entwicklung sieht die Bundesregierung jetzt bereits Spielraum für neue Vorhaben. „Steuerliche Entlastungen insbesondere von unteren und mittleren Einkommen sollen sobald wie möglich realisiert werden“, heißt es in dem Bericht.

Deutschlands Staatsdefizit

Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Prognose)



DEUTSCHE TELEKOM

Rüde Methoden

Mit dem Verkauf seiner US-Mobilfunktochter an AT&T hat Telekom-Chef René Obermann den Konzern nicht nur aus einer finanziellen Schieflage gerettet, er verhinderte auch einen gewaltigen Reputationschaden. Diesen Montag sollte eine internationale Ächtungskampagne gegen die Telekom starten. Initiatoren waren amerikanische, deutsche und internationale Gewerkschaften, darunter die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Mit Aktionen in Washington, Berlin

und Bonn wollten die Arbeitnehmervertreter auf die aus ihrer Sicht „unhaltbaren“ und „aggressiven“ Zustände in den US-Niederlassungen auf-



T-Mobile-Filiale in New York

ENERGIE

Stromkonzerne gehen gegen Abschaltung vor

Wegen der Zwangsabschaltung der sieben alten Atomkraftwerke bereiten die juristischen Abteilungen der großen Energieversorger Widersprüche und Schadensersatzforderungen vor. Allein aus aktienrechtlichen Gründen, heißt es bei Juristen im Umfeld von RWE, habe man kaum andere Möglichkeiten, als das von der Bundesregierung beschlossene Moratorium juristisch zu prüfen und anzufechten – zumal die Einspruchsmöglichkeiten an enge Fristen gebunden sind. Spätestens in der zweiten April-Woche müssen bei den Aufsichtsbehörden entsprechende Schreiben eingegangen sein. Wirklich abschließende Vorstandsentscheidungen, heißt es bei E.on, seien deshalb in den nächsten 10 bis 14 Tagen zu erwarten.



Atomkraftwerk Biblis

merksam machen. Dort fährt die Telekom einen äußerst arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs. Diverse Vorgänge sind sogar in einer Studie der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch registriert. So hat die Telekom Spezialfirmen engagiert, die für das Management einen 150-seitigen Leitfaden zur „Gewerkschaftsfreiheit“ erstellten. Gezielt sollen auch gewerkschaftsfreundliche Arbeitnehmer eingeschüchtert worden sein. Versammlungen seien von Sicherheitspersonal unterbunden worden. Wegen des Verkaufs der US-Tochter wurden die Gewerkschaftsaktionen abgesagt. Die Telekom bestreitet die Vorwürfe.